

Gastkommentar für AZmedien / Basellandschaftliche Zeitung vom 7.11.15

Mehr Fach- und Führungsfrauen braucht das Land

Von Maya Graf, Co-Präsidentin Alliance F und Nationalrätin Grüne BL

Der „Ja, aber...-Faktor“

Gehen wir davon aus, dass wir eine moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind: Führungspersonen werden nach ihren Leistungen, ihren Fähigkeiten, ihrer Tatkraft und ihrem Teamgeist beurteilt. Ein Bundesrat, der nach acht Jahren ausgezeichneter Leistungsbilanz souverän und sogar mit kleinen Scherzen seine Amtszeit als beendet erklärt, würde wohl kaum am nächsten Tag in einer redaktionellen Bewertung seiner Arbeit lesen, er sei emotionslos, wenn auch fähig gewesen. Die „Ja, aber“-Realität im Jahr 2015 heisst: Hätte Bundesrätin Widmer-Schlumpf im Laufe ihrer Amtszeit viel Gefühl gezeigt, dann hätte es prompt geheissen, sie wäre zwar emotional, aber fähig gewesen.

Aus der Genderperspektive ist die Schweiz mitten in Europa stehen geblieben. So hält sogar das World Economic Forum WEF in seinem Gender Gap Report 2014 fest, dass die Schweiz mit diesem Tempo noch über 80 Jahre bis zur realen Gleichstellung in der Arbeitswelt braucht. Das können wir uns gesellschaftlich und ökonomisch nicht leisten: Wir vergeuden 50 Prozent unserer Ressourcen und unseres Erfahrungsschatzes. Die Zeit läuft uns davon, um dieses Land partnerschaftlich, gleichberechtigt und gleichwertig vorwärts zu bringen. Führungsstrukturen müssen an Frauenbiografien angepasst werden, Arbeitszeit- an Familienmodelle und an die Betreuungsaufgaben einer rapid alternden Gesellschaft.

Das freie Potenzial weiblicher Fachkräfte

Das beste Beispiel dafür ist die Fachkräfteinitiative. Das Potenzial bei den Männern in der Schweiz ist weitgehend ausgeschöpft. Das freie Potenzial weiblicher Fachkräfte liegt dagegen bei 70 Prozent. Viele von ihnen sind zwar berufstätig, aber in Fach- und Führungsjobs immer noch stark in der Minderheit. Dazu müssen auch die Bildungsinstitutionen auf Tertiärstufe ihren Beitrag leisten, obwohl die Frauen aufholen. Sie verfügen zwar zu 95% über eine Erstausbildung, aber Bildungssystem und Berufswelt sind mit Kinderbetreuung, Erwerbsunterbrüchen und Teilzeit nicht kompatibel. Es braucht robuste Lösungen im Gesundheitsbereich, wo einheimische Fachkräfte schon heute fehlen, in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen wie auch im IT-Bereich. Arbeitgeber- und Gewerbeverband sowie die Gewerkschaften wollen zusammen mit dem Bundesrat die Massnahmen

definieren. Auf die Sichtweise und das Fachwissen der Verbände, in denen die Frauen organisiert sind, verzichten sie. So wird auch nach vier Jahren die Frage „Wie bringt man das Potential der Frauen mit gezielten Massnahmen in den Arbeitsmarkt?“ nur auf dem Papier beantwortet.

Gemäss einer Studie des Bundesamtes für Statistik 2014 beträgt die Lohndiskriminierung zwischen Frauen und Männern im Durchschnitt rund 700 Franken pro Monat. Das bedeutet einen Einkommensausfall von jährlich 7,7 Milliarden Franken. Geld, das im Haushaltbudget fehlt. Wenn Frauen bereits beim Berufseinstieg 7-8 Prozent weniger Lohn als gleichaltrige Männer bekommen, mündet dies zudem vielfach in eine unzureichende Altersvorsorge. Nicht nur ein Schaden für die ganze Gesellschaft, sondern ein Affront gegenüber jeder berufstätigen Frau.

Keine Rückkehr zur Normalität

Wie sieht es nun mit der Vertretung der Frauen im Bundesrat aus? Tritt auch Doris Leuthard in der kommenden Legislatur zurück, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit Bundesrätin Sommaruga wieder die einzige Frau in der Exekutive unseres Landes. Dies nur wenige Jahre nachdem wir für kurze Zeit sogar vier Bundesrätinnen hatten. Auch in Österreich ist die weibliche Regierungsvertretung aktuell ein Thema. Denn in Oberösterreich wird es zum ersten Mal seit zwanzig Jahren wieder eine reine Männerregierung geben. Der „Standard“ beobachtet, „...dass Frauen überall dort, wo es um viel Geld, Macht und Anerkennung gehe, die „Ausnahme von der Regel“ geblieben seien.“

Er markiert damit das Hauptproblem: Wenn Frauen in Fach- und Führungsfunktionen nicht zu mindestens 40 Prozent vertreten sind, sind sie eben nicht die „Normalität“, sondern Sonderfälle, die anders beurteilt werden. Vor dem Amt, im Amt und auch im Rückblick. Immerhin wird in Österreich darüber intensiv diskutiert, während unsere „Rückkehr zur Normalität“ wenig Wellen schlägt.

Alliance F schlägt vor, die verfassungsmässige Vorgabe für eine angemessene Vertretung der Sprachregionen auf die Vertretung der Geschlechter auszuweiten. Es soll als Vorgabe für die Bundesratsparteien bei Vorschlägen für Kandidaturen und dem Parlament bei der Wahl des Bundesrates dienen. Immerhin gibt es seit dem 18. Oktober 2015 mit fast einem Drittel Frauenanteil im Schweizer Parlament einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Bleiben wir, Frau und Mann gemeinsam dran. Denn um nachhaltige Lösungen für die ganze Gesellschaft zu finden, brauchen wir den Einbezug aller und vor allem dort, wo

entschieden wird. Daher braucht dieses Land Fach-und Führungsfrauen
dringend und überall.